



Für bessere Arbeitsbedingungen in der Textilindustrie

Das Better Work Programme der ILO

Am 24. November 2012 starben bei einer Brandkatastrophe in Bangladeschs Hauptstadt Dhaka mindestens 110 TextilarbeiterInnen. Zwei Monate zuvor waren in Pakistan bei einem ähnlichen Fabrikbrand fast 300 Menschen ums Leben gekommen. Versperrte Notausgänge, vergitterte Fenster und fehlende Feuerlöscher machten die Fabriken zu tödlichen Fallen.

Weltweit arbeiten mehr als 60 Millionen Menschen in der Textil-, Bekleidungs- und Schuhindustrie, zum allergrößten Teil Frauen. Für viele Länder, vor allem in Asien, ist dies die wichtigste Exportbranche. Eine immense Zahl von Arbeitsplätzen wurde hier geschaffen. Doch die Bedingungen, denen die Beschäftigten an



Näherinnen in einer Textilfabrik in Indonesien

© ILO

In dieser Ausgabe

ILO und CSR

Angebote der ILO an multinationale Unternehmen Seite 3

Serie Arbeitsnormen

Die ILO-Konventionen über Arbeitsschutz und Arbeitssicherheit Seite 4

Ländliche Entwicklung

Eine Partnerschaft für Investitionen in Agrarprojekte in Afrika Seite 5

Nach den MDGs

Der Beitrag der ILO zur neuen UN-Nachhaltigkeitsagenda Seite 6

Die Global Labour University

Ein Studium für Gewerkschafter Seite 7

ihrem Arbeitsplatz ausgesetzt sind, sind oft miserabel.

Um daran etwas zu ändern, richtete die ILO 2009 das Better Work Programme in Zusammenarbeit mit der Weltbank-Tochter International Finance Corporation (IFC) ein. Aktuell nehmen sieben Länder daran teil: Kambodscha, Haiti, Indonesien, Jordanien, Lesotho, Nicaragua und Vietnam. Ziel der Länderprogramme ist es, die Einhaltung von Arbeitsstandards in Fabriken der Textil- und Bekleidungsindustrie sicherzustellen und dabei gleichzeitig die Wettbewerbsfähigkeit der Produktionsstandorte zu verbessern.

Inspektion, Beratung und Schulung

Die Programme bestehen aus drei Komponenten: Inspektion, Beratung und Schulung. Kernstück sind unangekündigte Betriebsprüfungen durch von der ILO geschulte Inspektoren. Geprüft wird die Einhaltung internationaler Arbeitsnormen, wie das Verbot von Kinderarbeit und das Recht auf Vereinigungsfreiheit, sowie nationaler Arbeitsgesetze etwa in Bezug auf Lohn, Arbeitszeiten sowie Gesundheits- und Arbeitsschutz.

Auf Grundlage der Inspektionsergebnisse erhalten die Betriebe professionelle Beratung. Gemeinsam mit Management und ArbeitnehmervertreterInnen wird dann

ein Aktionsplan mit Verbesserungsmaßnahmen erarbeitet. Ergebnisse dieses Prozesses werden regelmäßig überprüft und in Berichten veröffentlicht.

Zusätzlich finden Schulungen für MitarbeiterInnen und Management statt. Diese reichen von der Vermittlung der ILO-Kernarbeitsnormen über Gesundheits- und Arbeitsschutz bis hin zu Verhandlungstechniken zur innerbetrieblichen Problemlösung. Großer Wert wird auf Schulungsmaterialien gelegt, die sich an der Lebenswelt der Menschen vor Ort orientieren. So lassen sich auch komplexe Themen in Comics und Seifenoperen allgemeinverständlich darstellen.

Je nach Land ist die Teilnahme am Programm für die Textilfabriken freiwillig oder verbindlich. In Kambodscha, wo der Vorläufer des Better Work Programme namens Better Factories Cambodia bereits 2001 startete (siehe Kasten), war die Programmteilnahme verbindlicher Bestandteil eines Handelsabkommens mit den USA. Alle exportierenden Textilfabriken des Landes mit insgesamt rund 350.000 Beschäftigten nahmen teil.

Fortschritte und Herausforderungen in Kambodscha

Seitdem wurden erhebliche Verbesserungen festgestellt: Zwischen 2001 und 2008 entstanden 160.000 neue Jobs in der

Bekleidungsindustrie, der gewerkschaftliche Organisationsgrad hat deutlich zugenommen und die Exporte in die USA, Kambodschas wichtigstem Handelspartner, sind um 151 Prozent gestiegen. Vor kurzem wurde das dortige Programm auf die Schuhherstellung ausgeweitet.

Trotzdem steht Kambodscha, dessen Exporte nach Angaben der Welthandelsorganisation (WTO) zu 58 Prozent aus Bekleidung bestehen, vor weiteren Herausforderungen. Zwar wurde für die Branche ein Mindestlohn eingeführt und TextilarbeiterInnen verdienen ganz gut im Vergleich zu anderen Berufsgruppen. Dennoch reicht der Lohn oftmals immer noch nicht, um eine Familie zu ernähren. Auch die weit verbreitete Praxis erzwungener Überstunden bleibt ein großes Problem.

Bis 2017 sollen mindestens drei Millionen Menschen weltweit vom Better Work Programme profitiert haben; eine Ausweitung des Programms auf weitere Länder und Sektoren, etwa wie schon jetzt in Kambodscha die Schuhindustrie, ist geplant.

In Bangladesch, wo die Bekleidungsindustrie fast 82 Prozent aller Ausfuhren bestreitet, hat im vergangenen Jahr eine Planungsphase für den Aufbau eines landesspezifischen Better Work Programme begonnen. Außer-



Arbeiterin mit Atemmaske an einer Strickmaschine. Sicherheit und Gesundheit am Arbeitsplatz spielen eine wichtige Rolle im Better Work Programme © ILO

dem hat die ILO vor dem Hintergrund des Fabrikbrands in Dhaka ein Treffen zwischen Regierung und Sozialpartnern einberufen, bei dem es um die Ausarbeitung eines Nationalen Aktionsplans zum Brandschutz ging.

Darüber hinaus will Better Work auch die Importeure sowie die Regierungen und Sozialpartner in den Importländern ansprechen, um Erfahrungen und Ergebnisse des Programms weiterzugeben. Unter anderem soll daher auf internationale Einkäufer und die großen Textillabels Einfluss genommen werden mit dem Ziel einer sozial nachhaltigen Gestaltung der globalen Lieferketten.

Ina-Luisa Burghardt

Better Factories Cambodia

In den 1990er-Jahren kam es in Kambodscha zu einem explosionshaften Wachstum des Textilssektors, oft genug unter Missachtung nationaler Gesetze und internationaler Standards. Auf Druck der US-amerikanischen Bekleidungsindustrie handelte daraufhin die US-Regierung ein bilaterales Handelsabkommen aus, das feste Quoten für die Einfuhr kambodschanischer Textilien mit Auflagen für die Verbesserung der Arbeitsbedingungen verband. Um einen Anreiz zu Einhaltung der Arbeitsnormen zu bieten, war bei positiven Kontrollergebnissen eine jährliche Erhöhung der Einfuhrquote vorgesehen. Für die Kontrollen war von Anfang an die ILO zuständig. Aufgrund der positiven Erfahrungen beschloss diese nach Ablauf des befristeten Abkommens die Fortsetzung und Ausweitung des Programms auf andere Länder.

Impressum

Herausgeber: Internationale Arbeitsorganisation (ILO), Vertretung in Deutschland

Kontakt: Karlplatz 7, 10117 Berlin

Telefon: 030/280 926 68

Telefax: 030/280 464 40

E-Mail: berlin@ilo.org

Internet: www.ilo.org/berlin

Redaktion: Dr. Nicola Liebert

Globale Beschäftigungstrends

Laut den Globalen Beschäftigungstrends, die die ILO für das Davoser Weltwirtschaftsforum im Januar vorlegte, ist im fünften Jahr nach Ausbruch der Finanzkrise die Zahl der Arbeitslosen weltweit um 4 Millionen auf mehr als 197 Millionen gestiegen. Das entspricht einer Arbeitslosenquote von 5,9 Prozent. Hinzu kommen 39 Millionen Menschen, die sich vom Arbeitsmarkt zurückgezogen haben, weil sie keine Hoffnung auf Beschäftigung mehr sehen. Die ILO prognostiziert in ihrem Bericht einen weiteren Anstieg der Zahl der Arbeitssuchenden in den kommenden fünf Jahren auf über 210 Millionen.

Reform der Genfer ILO-Zentrale

ILO-Generaldirektor Guy Ryder hat im Februar eine Reform der Organisationsstruktur der ILO-Zentrale in Genf angekündigt. Diese ist künftig in drei Ressorts gegliedert: Politik (insbesondere Politikberatung, Strategieentwicklung und technische Zusammenarbeit), Management und Reform (Verwaltung, aber auch Kohärenz zwischen verschiedenen Abteilungen) sowie Außenbüros und Partnerschaften (unter anderem Zusammenarbeit der ILO mit anderen internationalen Organisationen und der Wirtschaft). Die Reform ist Teil eines umfangreicheren Prozesses, der für eine stringenteren Umsetzung der in der Agenda für menschenwürdige Arbeit formulierten Ziele sorgen soll.

Partnerschaft für eine Grüne Wirtschaft

Die ILO hat gemeinsam mit dem Umweltprogramm (UNEP), der Organisation für industrielle Entwicklung (UNIDO) und dem Ausbildungs- und Forschungsinstitut der Vereinten Nationen (UNITAR) das „Partnership for Action on Green Economy“ (PAGE) ins Leben gerufen. PAGE soll Länder beim Aufbau nachhaltiger Wirtschaftsstrukturen unterstützen.



Emily Sims vom ILO-Programm für multinationale Unternehmen stellte den ILO-Helpdesk auf einem Workshop im Dezember 2012 in Berlin vor

© ILO

CSR im Fokus

Das Better Work Programme ist ein wichtiger, aber bei weitem nicht der einzige Beitrag der ILO zur Förderung der sozialen Verantwortung von Unternehmen (Corporate Social Responsibility, CSR).

So sind mit den Kernarbeitsnormen und der Erklärung über grundlegende Prinzipien und Rechte bei der Arbeit von 1998 Grundlagen geschaffen worden, auf die alle wichtigen CSR-Initiativen Bezug nehmen. Doch auch schon zuvor, im Jahr 1977, ist die ILO mit ihrer dreigliedrigen Grundsatzerklärung über multinationale Unternehmen und Sozialpolitik (MNE Declaration) auf die Unternehmen zugegangen. Damit trägt die ILO der Tatsache Rechnung, dass Unternehmen bei der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung weltweit eine zentrale Rolle spielen.

Die MNE Declaration, die mittlerweile in der 4. Fassung von 2006 vorliegt, fordert die Unternehmen unter anderem auf, dauerhafte Arbeitsplätze im Gastland zu schaffen und einen Beitrag zur Qualifikation der Arbeitnehmer zu leisten. Überdies sollen sie in einen sozialen Dialog mit Arbeitnehmervertretern treten, den bestmöglichen Arbeitsschutz gewährleisten und keine schlechteren Löhne zahlen als vergleichbare Arbeitgeber in dem betreffenden Land.

Um multinationale Unternehmen bei der Umsetzung internationaler Arbeitsstandards zu unterstützen, hat die ILO einen Helpdesk eingerichtet. Hier können sowohl Unternehmensführung als auch Belegschaftsvertreter kostenlose Beratung über alle Fragen erhalten, die die Arbeitsnormen und ihre Einhaltung betreffen.

Darüber hinaus macht die ILO den Sozialpartnern Beratungsangebote wie zum Beispiel ein Trainingsmodul für Gewerkschafter über die Frage, wie CSR und die MNE Declaration zur besseren Umsetzung von Arbeitsnormen genutzt werden können. Weil in der globalisierten Wirtschaft Lieferketten immer länger werden, bietet das International Training Centre der ILO in Turin auch Fortbildungen über verantwortliches Supply Chain Management an.

Die ILO stellt aber auch klar, was CSR nicht leisten kann: Private Bemühungen sind kein Ersatz für Gesetze, deren Einhaltung anschließend auch durch staatliche Stellen durchgesetzt werden muss.

Ina-Luisa Burghardt



Helpdesk Kontakt

assistance@ilo.org
0041-22-799 6264

Unfälle und Gesundheitsschäden verhüten

Die wichtigsten ILO-Konventionen zu Arbeitsschutz und Arbeitssicherheit

Schreckensmeldungen wie zuletzt über Fabrikbrände in Pakistan und Bangladesch mit hunderten von Toten machen deutlich, wie wichtig Arbeitsschutz ist und wie unzureichend er in vielen Teilen der Welt umgesetzt wird. Teil 4 der Serie über die wichtigsten Arbeitsnormen zeigt auf, wie Regierungen und Sozialpartner für mehr Sicherheit und Gesundheit am Arbeitsplatz sorgen können.

von 1981 gehört zu den grundlegenden Arbeitsnormen in diesem Bereich. Es ist für alle Wirtschaftszweige gültig und legt die Grundsätze einer nationalen und betrieblichen Politik zum Arbeitsschutz fest.

Dazu gehören ein funktionierendes Aufsichtssystem und verschiedene Pflichten, die Arbeitgeber

beachten müssen: So haben sie sicherzustellen, dass Arbeitnehmer vor schädlichen Einwirkungen und Unfallgefahren am Arbeitsplatz geschützt werden. Überdies müssen sie dafür sorgen, dass ausreichende Schutzausrüstungen bereitgestellt werden, dass Maßnahmen vorgesehen sind und dass die Arbeitnehmer entsprechend geschult werden.

bestimmte Branchen wie Schifffahrt, Landwirtschaft oder Bergbau oder auf den Schutz vor besonders gefährlichen Stoffen wie Benzol, Asbest und allgemein vor krebserregenden Stoffen.

Das Übereinkommen 81 über die Arbeitsaufsicht

Einen entscheidenden Beitrag zur wirklichen Umsetzung des Arbeitsschutzes leistet das Übereinkommen 81 über die Arbeitsaufsicht. Diese muss für die Durchführung der gesetzlichen Vorschriften über die Arbeitsbedingungen und den Schutz der Arbeiter sorgen, den Sozialpartnern entsprechende Beratung bieten und Probleme melden. Wegen seiner großen Bedeutung gehört es zu den vorrangigen, den so genannten ordnungspolitischen Übereinkommen.

Problematisch ist der relativ niedrige Ratifizierungsgrad der Übereinkommen 155 und 187 mit 60 bzw. 24 Ratifizierungen – verglichen mit 143 im Fall des Übereinkommens über Arbeitsaufsicht. Gerade Länder mit besonders großen Problemen beim Arbeitsschutz, darunter Pakistan und Bangladesch, haben keines der beiden ratifiziert. China hat zwar



Arbeiter beim Bau eines Strommasts

© ILO

Alle fünfzehn Sekunden stirbt ein Mensch irgendwo auf der Welt infolge eines Arbeitsunfalls oder einer Berufskrankheit. Insgesamt sind das 6.300 Todesfälle täglich und 2,3 Millionen jährlich. Hinzu kommen jedes Jahr 317 Millionen Arbeitsunfälle ohne Todesfolge, die jedoch oftmals zu langer Abwesenheit vom Arbeitsplatz führen.

Das Übereinkommen 155 über Arbeitsschutz

Insgesamt hat die ILO mehr als 40 Konventionen und Empfehlungen verabschiedet, die sich mit Fragen des Arbeitsschutzes und der Sicherheit und Gesundheit bei der Arbeit befassen. Hinzu kommen 40 Praxisleitfäden.

Das Übereinkommen über Arbeitsschutz und Arbeitsumwelt (Nr. 155)

Förderungsrahmen für den Arbeitsschutz

In Ergänzung zum Übereinkommen 155 sieht das Übereinkommen über den Förderungsrahmen für den Arbeitsschutz (Nr. 187) von 2006 insbesondere die Einführung nationaler Arbeitsschutzprogramme und verbesserter Präventionsmaßnahmen vor, um eine durchgängige Kultur der Arbeitssicherheit zu schaffen.

Neben diesen beiden Übereinkommen mit allgemeinem Charakter hat die ILO zahlreiche weitere Übereinkommen und Empfehlungen zum Arbeitsschutz verabschiedet. Diese beziehen sich auf

Übereinkommen 155, Artikel 4

1. Jedes Mitglied hat (...) eine in sich geschlossene innerstaatliche Politik auf dem Gebiet des Arbeitsschutzes und der Arbeitsumwelt festzulegen, durchzuführen und regelmäßig zu überprüfen.

2. Ziel dieser Politik muss es sein, Unfälle und Gesundheitsschäden, die infolge, im Zusammenhang mit oder bei der Arbeit entstehen, zu verhüten.

das Übereinkommen 155 ratifiziert, nicht aber das aktuellere 187. Die USA haben die beiden Übereinkommen nicht ratifiziert; Deutschland nur das Übereinkommen 187.

Ina-Luisa Burghardt

Eine öffentlich-private Partnerschaft für Afrika

ILO, Bund und Deutsche Bank investieren in ländliche Entwicklung

Drei Viertel der weltweit unter der Armutsgrenze lebenden Bevölkerung lebt im ländlichen Bereich. Hier bestehen ganz besondere Herausforderungen: Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung, ein hohes Aufkommen an Leiharbeit und Gelegenheitsbeschäftigung, begrenzter Zugang zum Sozialversicherungssystem, weit verbreitete Kinderarbeit und allgemein schlechte Arbeitsbedingungen. Ländliche Gebiete bergen aber auch ein großes Potenzial, um nachhaltiges Wirtschaftswachstum voranzutreiben und den Lebensunterhalt von breiten Bevölkerungsschichten zu sichern, etwa durch Einkommen schaffende Maßnahmen für die in der Landwirtschaft Beschäftigten sowie durch die Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit lokaler Unternehmen.

Um dieses Potenzial freizusetzen, hat das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit mit der KfW und der Deutschen Bank den Africa Agriculture and Trade Investment Fund (AATIF) ins Leben gerufen. Der Fonds ist eine innovative Form der öffentlich-privaten Partnerschaft, die sich ehrgeizige Ziele gesetzt hat: Sie will die Lebensmittelversorgung in Afrika sichern, Arbeitsplätze schaffen und Einkommen von Kleinbauern, Unternehmern und Arbeitern erhöhen durch verantwortungsbewusste Investi-

tionen in lokale Wertschöpfungsketten.

Die ILO arbeitet seit Juli 2012 mit dem Fonds zusammen, wo sie ein spezielles Augenmerk auf dessen soziale, umwelt- und entwicklungspolitische Verantwortung legt. Dazu entwickelt sie derzeit eine Methode, wie Finanzinstitute die Einhaltung entsprechender Standards überprüfen können, und testet sie gemeinsam mit dem Fonds an seinen Projekten. Auch das Umweltprogramm der Vereinten Nationen unterstützt diese Zusammenarbeit seit kurzem. Bisher hat der Fonds vier Projekte in Sambia, Ghana, Kenia und Burundi finanziert.

Die Ergebnisse dieser öffentlich-privaten Zusammenarbeit sollen überdies in Form von Weiterbildungsangeboten auch anderen Finanzinstitutionen zur



Bau einer Reismühle: In Ghana unterstützt der Fonds den Aufbau einer Reisfarm und die anschließende Weiterverarbeitung. Die Reismühle soll auch benachbarten Kleinbauern offenstehen, die für das verarbeitete Produkt einen deutlich höheren Preis erzielen können.

© Patricia Richter

Verfügung stehen, die sich im afrikanischen Landwirtschaftssektor engagieren. Sie sollen mithilfe der im Rahmen von AATIF gesammelten Erkenntnisse Informationen erhalten, wie sich institutionelle Defizite im Sozial- und Umweltbereich entdecken lassen und welche Alternativen existieren, um Investitionen nachhaltig zu gestalten.

Die Zusammenarbeit der ILO mit dem Fonds schließt auch Begleitforschung zu den entwicklungspolitischen Auswirkungen des innovativen Ansatzes ein. Hierbei geht es vor allem um einen Prüfmechanismus für die Umsetzung internationaler Umwelt- und Sozialstandards sowie um die Akquise zusätzlicher Fördermittel, um menschenwürdige Arbeit im ländlichen Bereich in Afrika anzustoßen.

Patricia Richter

Weitere Informationen unter www.aatif.lu.

AATIF in Sambia

In Sambia hat der Fonds in eine Farm investiert, die Mais, Weizen und Soja anbaut. Unter anderem soll durch eine moderne Bewässerungsanlage die Produktion auch während der Trockenmonate aufrechterhalten werden. Der Darlehensvertrag beinhaltet auch bestimmte Verpflichtungen:

- Mindestlohn für alle Beschäftigten, auch Gelegenheitsarbeiter;
- Aufnahme von Geburtsdaten in Registrierungsformulare, um minderjährige Arbeiter identifizieren zu können;
- Bereitstellung von Transportmöglichkeiten für Kinder von Farmarbeitern, um den Grundschulbesuch sicherzustellen;
- Verbesserungen im Arbeitsschutz;
- Bereitstellung von Moskitonetzen für Farmarbeiter und ihre Familien.

Der Darlehensnehmer plant überdies ein Trainingsprogramm für Kleinbauern in der Umgebung, um moderne Anbaumethoden weiterzugeben.

Entwicklungspolitik jenseits von 2015

Der Beitrag der ILO zur neuen Nachhaltigkeitsagenda der Vereinten Nationen



Eine Favela in São Paulo, Brasilien

© ILO

Zwei Jahre bleiben noch zur Erreichung der Millenniums-Entwicklungsziele (MDGs). Das Ziel, die Zahl der Menschen zu halbieren, die in extremer Armut leben, ist zwar erreicht worden, doch in manchen Ländern ist das Ausmaß der Armut immer noch dramatisch. Schon jetzt ist daher die Diskussion über eine Entwicklungsagenda für die Zeit nach 2015 in vollem Gange. Die ILO hat dafür ein Konzeptpapier verabschiedet, aus dem die folgenden Auszüge stammen.

In der Post-2015-Agenda sollen Arbeitsplätze und Existenzsicherung eine zentrale Rolle spielen. Produktive Vollbeschäftigung und menschenwürdige Arbeit sollten daher als vollwertiges, explizites Ziel in die Agenda aufgenommen werden. Ergänzt werden sollte dies durch die Umsetzung des sozialen Basisschutzes mit universellem Zugang zu Gesundheitseinrichtungen und einer Einkommensabsicherung für Kinder, Alte und arbeitsunfähige Menschen.

Dahinter stehen folgende Überlegungen: Für arme Familien ist Arbeit der nachhaltigste Weg aus Armut. Für alle Länder, auf allen Ebenen der Entwicklung, ist eine ausreichende Versorgung mit menschenwürdigen Arbeitsplätzen

die Grundlage für nachhaltigen und wachsenden Wohlstand und sozialen Zusammenhalt. Gerade im derzeitigen schwachen weltwirtschaftlichen Umfeld hat die Schaffung von Arbeitsplätzen deshalb oberste Priorität.

Eine beschäftigungszentrierte Entwicklungsagenda

Die Erfahrung zeigt, dass das vor der Krise jahrzehntelang starke Wachstum der Weltwirtschaft nicht genügte, um genügend neue Arbeitsplätze zu schaffen. In absehbarer Zukunft werden die Wachstumsraten eher schwach sein. Dabei werden pro Jahr etwa 45 bis 50 Millionen neue Arbeitsplätze über die nächsten zehn Jahre benötigt, nur um Schritt zu halten mit dem Bevölkerungswachstum und zum Abbau der krisenbedingten Arbeitslosigkeit.

Neue Herausforderungen kommen hinzu: So schwächt die Zunahme der Ungleichheit bei Einkommen und Chancen das soziale Gefüge unserer Gesellschaften und beschleunigt

die Abwärtsspirale wirtschaftlicher, politischer und sozialer Unsicherheit. Bei der Bekämpfung des Klimawandels wird es überdies Gewinner und Verlierer geben. Neue Arbeitsplätze werden zweifellos beim Übergang zu einer grüneren Wirtschaft entstehen. Aber in den Sektoren, die zu den Verlierern dieser Veränderung gehören, werden die Ausgleichskosten und der Widerstand hoch sein, wenn alternative Arbeitsplätze knapp sind.

Welche Maßnahmen können die Schaffung produktiver und menschenwürdiger Arbeitsplätze verstärken? Länder, in denen Armut effektiv bekämpft wurde, sind gezielt die strukturellen Ursachen von Armut und Unterbeschäftigung angegangen. Die Maßnahmen umfassen sozialen Schutz, die Diversifizierung der Wirtschaft und eine beschäftigungsfreundliche Wirtschaftspolitik, die Investitionen und Nachfrage fördert. Weitere Kernelemente sind der Rechtsstaatlichkeit verpflichtete öffentliche Institutionen und ein günstiges Umfeld für Unternehmensgründungen.

Die Welt, die wir wollen

Derzeit finden Konsultationen über elf Schwerpunkte der neuen Entwicklungsagenda statt, zum Beispiel Ungleichheit, Konflikte, Energie und (unter Federführung der ILO) Wachstum und Beschäftigung. Die UN hat eine Website für den öffentlichen Dialog über die Agenda eingerichtet: www.worldwewant2015.org

Arbeitsmarktpolitische Instrumente wie Mindestlöhne und Kündigungsschutz sind zudem wichtig für eine gerechte Verteilung der Entwicklungszugewinne und den Schutz der Beschäftigten. Sozialsysteme kombiniert mit Transfers für die Ärmsten können Produktion und Nachfrage stärken, was den Übergang von der informellen zur formellen Wirtschaft erleichtert.

Die Global Labour University

Ein Master-Studiengang für GewerkschafterInnen

Wie kann Globalisierung sozialer, nachhaltiger und gerechter gestaltet werden? Diese Frage steht im Mittelpunkt der Kurse der Global Labour University (GLU). Menschen aus Gewerkschaften, aber auch aus anderen sozialen Bewegungen haben hier die einzigartige Möglichkeit, sich gemeinsam wissenschaftlich und praxisbezogen mit den sozialen und politischen Herausforderungen der Globalisierung auseinanderzusetzen.

Auf vier Kontinenten bietet die GLU Master-Studiengänge zu Fragen der Wirtschafts-, Arbeits- und Sozialpolitik, Gewerkschaftsstrategien und der Beziehungen zwischen den Sozialpartnern im Kontext der Globalisierung an. In einem interkulturellen und multidisziplinären Zusammenhang werden die Herausforderungen der Globalisierung unter dem Gesichtspunkt von Nachhaltigkeit und sozialer Gerechtigkeit untersucht. In einer globalisierten Wirtschaft bedarf nationale Politik der Ergänzung durch internationale Regelungen, so die dahinter stehende Logik.

Die Studierenden an der GLU profitieren von einem vielseitigen intellektuellen Umfeld: Einerseits ergänzen GastdozentInnen von Partneruniversitäten und internationalen Organisationen das Lehr-



GLU-Alumni beim IG-Metall-Kongress, 5.-7.12.2012, mit Brasiliens Ex-Präsident Lula da Silva (Mitte)
© Ricardo Stuckert / Instituto Lula

angebot. Andererseits bringen viele Studierende aus ihren Heimatländern eigene praktische Erfahrungen mit den Herausforderungen der Globalisierung mit.

Studierende können einen oder zwei Standorte des GLU-Netzwerks wählen. In Deutschland (Kassel und Berlin) setzt der Studiengang Akzente im Bereich Global Governance und Makroökonomie. In Witwatersrand in Südafrika geht es vor allem um Fragen der Entwicklungspolitik. Der Schwerpunkt im brasilianischen Campinas liegt in der Analyse transnationaler Unternehmen und beim Tata Institute in Indien im Bereich der informellen Wirtschaft. Die ILO, der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) sowie andere nationale und internationale Gewerkschaftsorganisationen, die Hans-Böckler- und die Friedrich-Ebert-Stiftung bieten überdies studien-

bezogene Praktika an. Die beiden Stiftungen gehören neben der ILO und dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ) im Übrigen auch zu den Trägern der GLU.

Seit ihrer Gründung im Jahr 2004 haben knapp 300 Studierende aus 60 Ländern einen Studiengang an einer der GLU-Partneruniversitäten erfolgreich abgeschlossen. Eine große Mehrheit der Graduierten setzte im Anschluss ihren beruflichen Werdegang im Gewerkschaftsbereich fort, während andere neue berufliche Herausforderungen etwa als Berater oder in Forschungsinstituten fanden.

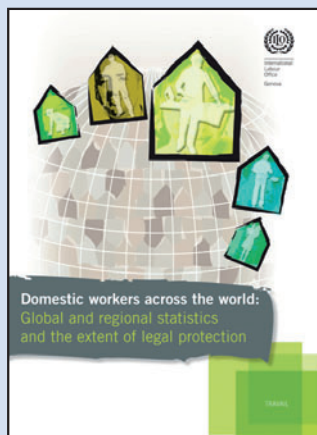
Dank eines Alumni-Netzwerkes bleiben die ehemaligen Studierenden auch nach Abschluss des Studiums in Kontakt. So können sie sich über Ländergrenzen hinweg austauschen und gemeinsam in Forschungsprojekten zu arbeitsbezogenen Themen arbeiten. Hierzu finden regelmäßige Konferenzen, Alumni-Sommerschulen und Workshops statt.

Harald Kröck

Praktische Informationen

In Deutschland findet der einjährige Studiengang „Labour Policies and Globalisation“ jeweils zur Hälfte an der Universität Kassel und der Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin statt. Möglich ist jedoch auch ein Semester an einem der anderen Standorte. Bewerbungsschluss ist der 30. März. In Südafrika wird zudem ein sechsmonatiges Kurzprogramm angeboten, für das kein Bachelor vorausgesetzt wird. Unabhängig vom Standort wird an der GLU auf Englisch kommuniziert; die Universitäten bieten dafür zu Beginn des Studiums Sprachkurse an. Weitere Informationen zur Bewerbung und zum Studium unter www.global-labour-university.org.

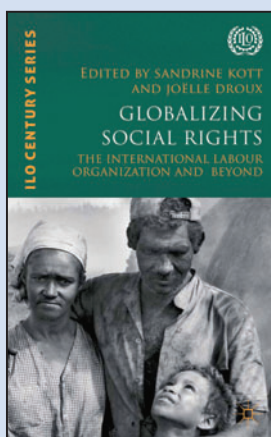
Neu im Katalog



Domestic Workers Across the World: Global and regional statistics and the extent of legal protection

Jan. 2013, 65 Seiten, 30 €

Mindestens 52 Millionen Menschen auf der Welt, vor allem Frauen, arbeiten als Hausangestellte, so das Ergebnis der ersten umfassenden ILO-Untersuchung über diesen Sektor. 45 Prozent von ihnen haben keinen freien Tag in der Woche, und mehr als ein Drittel der Frauen in diesem Beruf genießen keinerlei Mutterschutz. Da die normalen Arbeitsgesetze den Hausarbeitssektor meist nicht abdecken, stehen den Angestellten kaum rechtliche Möglichkeiten offen, bessere Bedingungen oder Löhne durchzusetzen. Die Studie verweist damit auf die Bedeutung der Konvention 189 von 2011 über menschenwürdige Arbeit für Hausangestellte.



Globalizing Social Rights: The International Labour Organization and beyond

Sandrine Kott, Joëlle Droux (Hg.), Feb. 2013, 368 Seiten, 90 €

Die ILO stellt seit ihrer Gründung 1919 nicht nur internationale Arbeitsnormen auf, sie trägt auch zur Schaffung sozialer Netzwerke bei und ermöglicht so den Austausch verschiedener nationaler und internationaler Akteure. Verschiedene Autoren untersuchen im Rahmen des „Century Project“ der ILO die historische Rolle, die die Organisation bei der Verbreitung von Ideen, Erfahrungen und Fachwissen in aller Welt spielte, und den Einfluss ihrer Analysen und Modelle auf Regierungen und gesellschaftliche Gruppen. Sie zeigen auch, wie internationale Organisationen an der Entstehung einer globalen Zivilgesellschaft beteiligt sind.



Perspectives on Labour Economics for Development

Sandrine Cazes, Sher Verick (Hg.), Feb. 2013, 270 Seiten, 37 €

Gerade in Entwicklungsländern ist die Schaffung von Beschäftigung für den sozialen Fortschritt entscheidend, weil Arbeit einen Ausweg aus Armut bietet. Viele Regierungen und Sozialpartner legen deshalb inzwischen eine Priorität auf die Schaffung menschenwürdiger Arbeit. Der erste Teil dieses Bandes, der sich an politische Entscheidungsträger und entwicklungspolitische Theoretiker wendet, bietet einen Überblick über die bestehenden Herausforderungen. Im zweiten Teil werden einzelne Aspekte wie Löhne, Migration und Ausbildung näher behandelt. Der dritte, eher normativ ausgerichtete Teil befasst sich der Frage einer geeigneten Arbeitsmarktpolitik und arbeitsmarktpolitischer Institutionen.

ILO-Bücher können über den Buchhandel oder über die ILO Berlin, E-Mail: berlin@ilo.org, bezogen werden. In vielen Fällen können sie als pdf-Datei heruntergeladen werden unter www.ilo.org/publications.